

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/169

4. September 1972

Eine Komödie der Widersprüche

Das Gegen- und Durcheinander der CDU/CSU-
Steuerreformpläne

Von Rainer Offergeld MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundes-
minister für Wirtschaft und Finanzen

Seite 1 bis 3 / 126 Zeilen

Wir und die DDR

Notizen zum Jahrestag des Berlin-Abkommens

Seite 4 / 41 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Moskau zu "Wandlungen in Europa"

Seite 5 und 6 / 96 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 846 / 886 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Eine Komödie der Widersprüche

Das Gegen- und Durcheinander der CDU/CSU-Steuerreformpläne

Von Rainer Offergeld MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Wirtschaft und Finanzen

Wer versucht, sich einen Überblick über die Steuerreformpläne der Opposition zu verschaffen, wird einmal mehr daran erinnert, in welchem desolaten Zustand sich die CDU/CSU befindet. Nachdem sie zwanzig Jahre regiert und alle Jahre wieder von der Großen Steuerreform geredet und nachdem sie in einigen Jahren der Opposition vollends Muße zum Nachdenken gehabt hat, treiben wieder einmal kleine und auch größere Bruchstücke völlig widersprüchlicher Art an die Oberfläche. Eine ausgewogene Alternative zum mittlerweile fertiggestellten Reformprogramm der Bundesregierung, das in seinen Grundzügen schon in den Eckwerten vom Juni 1971 - nach nicht einmal zwei Jahren Regierungstätigkeit - vorgelegt wurde, ist weit und breit nicht in Sicht. Vielmehr bieten die einander widersprechenden Vorstellungen verschiedener Parteilager der CDU/CSU ein getreues Abbild der in sich zerrissenen Partei.

Steuerreform nach Unionsrezept bedeutet, daß eine Parteikommission, eine Fraktionskommission, die Sozialausschüsse, die Junge Union und nicht zuletzt auch einzelne mehr oder weniger bedeutende Mitglieder Pläne verlautbaren lassen, die sich über weite Strecken zueinander verhalten wie Feuer und Wasser. Schon jetzt kann man abschätzen, daß auf dem Wiesbadener Parteitag der CDU vom 9. bis 11. Oktober von den Zielen, wie sie durch die Sozialausschüsse im vorigen Jahr postuliert wurden, nicht viel übrig bleiben wird. Es kann heute schon ausgeschlossen werden, daß die Union in der Lage ist, ein Reformprogramm vorzulegen, das Zielen wie ausgewogenere Einkommensverteilung, gerechtere Vermögensbildung, Wettbewerbsneutralität und Vereinfachung gerecht wird.

Viele Unions-Politiker polemisierten und polemisieren immer noch gegen die Steuerreformbeschlüsse der Bundesregierung. Diese Polemik legt beredtes Zeugnis ab über jene Leute, die nicht wissen oder nicht wissen wollen, daß sich z.B. die Vorstellungen der Sozialausschüsse der CDU mit den Eckwertbeschlüssen der Bundesregierung so weitgehend decken, daß man manchmal ein Plagiat vermuten möchte. Daraus kann nur gefolgert werden, daß die Opposition gar nicht ernsthaft um eine durchgreifende Steuerreform bemüht ist, sondern lediglich verbale Pflichtübungen absolviert.

Die widerstrebenden Gruppen innerhalb der Unionsparteien zeigen sich besonders deutlich in den verschiedenartigen Vorschlä-

gen zur Reform des Einkommensteuergesetzes. Am 7. Mai 1971 empfahlen die Länderfinanzminister einstimmig - also auch die Finanzminister der CDU/CSU! -, den Einkommen- bzw. Lohnsteuertarif im unteren Einkommensbereich proportional zu lassen. Deswegen legte sich die Bundesregierung entgegen ihrer ursprünglichen Absicht auf einen Proportionalsteuersatz von 20 vH. fest, allerdings bei Erhöhung des Grundfreibetrages von 1.680 DM auf 2.040 DM und Erweiterung der Proportionalzone von 8.000 DM auf 12.000 DM bzw. 16.000 DM auf 24.000 DM bei Verheirateten. Das bedeutet, daß die unteren und mittleren Einkommen (bis 40.000 DM bzw. 80.000 DM) steuerlich geringer belastet werden als zur Zeit. In der CDU/CSU wurden die Empfehlungen ihrer eigenen Länderfinanzminister schnell vergessen. Während sich im vorigen Jahr die Sozialausschüsse nicht festlegten und unverbindlich forderten, den Tarif so zu gestalten, daß die unteren und mittleren Einkommen entlastet werden, wird jetzt eine sofort einsetzende Progression, beginnend mit 16 vH., ins Auge gefaßt. Damit würde aber nach Ansicht der Länderfinanzminister eine Flut von einigen Millionen neuer Veranlagungsfälle auf die Finanzämter zukommen, die bei der angespannten Personallage nicht zu bewältigen wäre.

Auch die Sonderausgabenregelung wird innerhalb der Union kontrovers behandelt. Die Sozialausschüsse fordern ebenso wie die Bundesregierung, daß die Aufwendungen für die Lebensvorsorge im Rahmen bestimmter Höchstbeträge mit einem festen Betrag von der Steuerschuld abgezogen werden. Dagegen fordern die Steuerreformkommissionen sowohl der Partei als auch der Fraktion der CDU/CSU die Beibehaltung des Abzugs von der Steuerbemessungsgrundlage, verbunden mit einer Pauschalierung bei 26 vH. (höchstens 3.000 DM bzw. 10.000 DM bei Verheirateten). Dieser Vorschlag würde bedeuten, daß die Bezüher mittlerer Einkommen nach wie vor ein verhältnismäßig geringe Steuerersparnis hätten, dagegen beim Großverdiener die Allgemeinheit mehr als die Hälfte der Aufwendungen tragen würde. Wie sich das mit der Forderung nach sozialer Steuergerechtigkeit verträgt, bleibt das Geheimnis einiger CDU/CSU-Politiker.

Gleichfalls unterschiedlich sind die Vorstellungen innerhalb der Opposition zum Familienlastenausgleich. Die Sozialausschüsse schlossen sich den Beschlüssen der Bundesregierung an, daß ein einheitliches Kindergeld vom ersten Kind an und ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens gewährt werden sollte. Die Bundesregierung sieht 50 DM für das erste, 70 DM für das zweite und je 90 DM für das dritte und jedes weitere Kind vor. Diese Regelung würde über 90 vH. der Familien besser stellen als bisher. Jetzt aber stehen bei der Union zwei Alternativen zur Entscheidung an, nämlich einheitliches Kindergeld oder Beibehaltung des Nebeneinanders von Kinderfreibeträgen und Kindergeld. Die zweite Möglichkeit bevorzugt wieder eindeutig die oberen Einkommensbezieher zu Lasten der unteren und mittleren.

Noch diffuser stellt sich die Opposition in ihren Aussagen zur Reform der einheitswertabhängigen Steuern dar. Einerseits würde

sie der Bundesregierung vor, eine konfiskatorische Besteuerung zu planen, andererseits fordert aber auch sie, die Vermögensteuer bei juristischen Personen bei einem vH. zu belassen. Die Sozialausschüsse wollen sogar für natürliche Personen den jetzigen Steuersatz von einem vH. (Bundesregierung nur 0,7 vH.) beibehalten bei Streichung der Abzugsfähigkeit der Vermögensteuer vom Einkommen. Andere Kreise der Union fordern eine Senkung des Steuersatzes bei natürlichen Personen auf 0,5 vH.

Die Einheitswerte sollen nach dem Willen der Sozialausschüsse jeweils zeitnah gestaltet werden, was wohl nichts anderes bedeuten kann als angenäherte Verkehrswerte. Die Junge Union formuliert dies eindeutig. Die Steuerreformkommission der Oppositionsfraktion will, entsprechend dem Regierungsbeschluß, den Einheitswert 1964 mit dem 1,4-fachen angewendet wissen, wobei der Multiplikator bald durch neu festgesetzte Einheitswerte abgelöst werden soll. Schließlich fordert die Parteikommission eine Anwendung ohne Multiplikator.

Bei der Grundsteuer sehen die Vorstellungen der Opposition entgegen früheren Zusagen ihres ehemaligen Bundesfinanzministers Franz Josef Strauß keine Erhöhung des Aufkommens zur Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden vor. Eine Antwort auf die Frage, wie die gerade von der CDU/CSU lautstark bejammerte Finanznot der Kommunen beseitigt werden soll, bleibt sie allerdings schuldig.

Als letztes Beispiel für die tiefe Spaltung in der CDU und CSU soll die Diskussion um eine Bodenzuwachssteuer angeführt werden. Während die Opposition gegen die Vorschläge der SPD heftig und ohne erkennbare Logik polemisiert, schlägt die Junge Union - wie die SPD - eine Bodenzuwachssteuer vor, die auch die nicht realisierten Gewinne erfassen soll.

Die Opposition ist also offensichtlich weit davon entfernt, der von ihr selbst seit mehr als 20 Jahren erhobenen Forderung nach einer umfassenden Steuerreform nachzukommen. Der Stand der teils offen und teils intern geführten Diskussion läßt vermuten, daß noch viel Zeit ins Land gehen wird, bis die CDU/CSU in der Lage ist, der Öffentlichkeit ein sozial gerechtes Steuerreformprogramm vorzulegen. Der einzige deutlich erkennbare Programmpunkt wird wohl auch weiterhin - wie gehabt - die Ablehnung des Reformprogramms der Regierung sein. (-/ex/4.9.1972/ks)

Wir und die DDR

Notizen zum Jahrestag des Berlin-Abkommens

Kanzleramts-Staatssekretär Egon Bahr hat in einer Betrachtung zum ersten Jahrestag der Unterzeichnung des Berlin-Abkommens - ein Vorgang, der im Rückblick auf die Erregung, mit der er damals erörtert wurde, recht wenig Beachtung gefunden hat - noch einmal die besonderen Schwierigkeiten gerade der Verhandlungen mit dem zweiten deutschen Staat hervorgehoben. Er hat seine Position dazu durch die Feststellung verdeutlicht, daß er sich über diese Schwierigkeiten überhaupt nicht wundere, wenn er sich daran erinnere, welche Entwicklung wir in den vergangenen 20 Jahren erlebt haben.

Wenn man sich in diesen Tagen die Mühe macht, die Überfülle der Äußerungen und Polemiken des Oppositionslagers aus jener Zeit nachzulesen, dann wird man u.a. zwei Punkte festzustellen haben: Erstens die nicht weiter erstaunliche Tatsache, daß das, was die Opposition damals als Argumente vorzeigte, keinen Erwähnungswert mehr hat, und zweitens, daß die Opposition das von Staatssekretär Bahr jetzt noch einmal so betont herausgestellte Faktum der außerordentlichen Schwierigkeiten in den Gesprächen und Verhandlungen gerade mit der DDR stets heruntergespielt hat. Jüngste Äußerungen aus dem Oppositionslager zeigen leider, daß sich hier noch keine Wandlung vollzogen hat.

Die Schwierigkeiten, die alle Kontakte zwischen BRD- und DDR-Deutschen von vornherein zum vielverästelten Problem machen, haben ihre Quellen in internationalen und insbesondere auch nationalen sowie gesellschaftlichen Gegensätzlichkeiten, und sie bilden, zusammengekommen, immer von neuen Barrieren, deren Überwindung, um Bahr noch einmal zu zitieren, Ruhe, Gelassenheit und viel Zeit erfordern.

Wer, in dieser Gelassenheit, die Flut der mit winzigen Ausnahmen nur negativen Äußerungen über die BRD an sich vorbeifließen läßt, mit denen die DDR-Medien die Olympischen Spiele in München pausenlos begleiten, der findet sich in seiner Überzeugung bestätigt, daß Bahrs Drei-Punkte-Rezept für Verhandlungen mit den DDR-Vertretern allein den Weg zu brauchbaren Ergebnissen ebnet. Daran schließt sich die Hoffnung, daß die Opposition endlich die staatspolitisch notwendige Kraft aufbringen mögen, um im gemeinsamen BRD-Interesse mehr zu sein, als im Negativbereich festgelegte Kritikaster.

(ec/ec/4.9.1972/ks)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Moskau zu "Wandlungen in Europa"

Die regierungs- und parteioffizielle Moskauer Wochenzeitung "Neue Welt" gab in ihrer Augustausgabe 34 eine Situations-Darstellung für Europa, die wir ihrer Bedeutung halber im Wortlaut vorlegen.

"Daß sich die Entwicklung in der Weltarena immer mehr beschleunigt, ist nicht die einzige und auch nicht die wichtigste Besonderheit der gegenwärtigen Lage. Ihr wohl ausschlaggebender Zug ist die qualitative Veränderung des Verhältnisses zwischen den polaren Kräften, ist der wachsende Einfluß des Weltsozialismus auf alle internationalen Prozesse. Es haben sich reale Möglichkeiten ergeben, Probleme zu lösen, die den Weg zu einem zuverlässigen Frieden bisher verlegten.

Zu den schwierigsten Problemen dieser Art gehört seit Jahr und Tag die Nachkriegsregelung in Europa. Im Zusammenhang mit diesem kompliziertesten Fragenkomplex prallen die Interessen der Vorkämpfer für den Frieden mit denen der Kriegstreiber, die Interessen der Kräfte, die der Zukunft gehören, und derjenigen, die ganz der Vergangenheit verhaftet sind, hart aufeinander. Auch wurde die Lösung dieses Problems durch die revanchistischen Bestrebungen bestimmter Kreise in Westdeutschland erschwert und durch die offenen Spekulationen jener westlichen Politiker auf diese abenteuerlichen Tendenzen, welche - und dies nicht ohne Erfolg - bemüht waren, Westdeutschland zum Stoßtrupp eines antikommunistischen Feldzugs zu machen.

Denkt man an jene Jahre, so empfindet man fast körperlich, welche titanischen Anstrengungen die Sowjetunion, die anderen sozialistischen Länder und alle Friedenskräfte unternahmen, um die Wege der europäischen Geschichte frei zu machen von den Belastungen der Vergangenheit. Vor zwei Jahren, am 12. August 1970, brachten diese Bemühungen endlich den ersten großen Erfolg: In Moskau wurde der Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD unterzeichnet, der die Unverrückbarkeit der europäischen Grenzen festlegte und den Gewaltverzicht bei strittigen Fragen proklamierte.

Auf diese Prinzipien gestützt, vermochten die Verfechter der Entspannung in Europa auch weitere nützliche Maßnahmen durchzusetzen. Es wurde der Vertrag zwischen Polen und der BRD unterschrieben. Die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich schlossen das Vier-Mächte-Abkommen über Westberlin. Zwischen der Regierung der DDR und dem Westberliner Senat wie auch zwischen der DDR und der BRD wurden entsprechende Abkommen erzielt. Schließlich unterzeichneten die beiden deutschen Staaten den Verkehrsvertrag, die erste Vereinbarung zwischen ihnen, die auf den Normen des Völkerrechts beruht.

Jetzt gilt es, allen diesen bereits in Kraft getretenen internationalen Dokumenten echtes Leben einzubauchen und sie zu benutzen, um die europäische Gesamtlage weiterhin zu sanieren. In dieser Hinsicht ist bereits Beträchtliches getan. Bestimmte Fortschritte sind in der Entwicklung allseitiger Beziehungen der BRD zur UdSSR und zu Polen erzielt worden. Die Beziehungen der friedlichen Ko-

Existenz der sozialistischen Staaten mit Frankreich und anderen Ländern Westeuropas sind fester geworden, das europäische Klima hat sich merklich aufgeheitert, und der Tag rückt näher, da das Wort 'Kalter Krieg' aus dem Vokabular der Politiker verschwinden und nur noch von den Historikern gebraucht werden wird.

Alles läßt darauf schließen, daß Europa eine wichtige Höhe erreicht hat, von der sich der Ausblick auf die Zusammenarbeit aller Völker unseres Kontinents bietet. Doch um diese Möglichkeiten zu verwirklichen, darf man nicht einhalten in der Bewegung. Das Problem einer völligen Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nach den Grundsätzen des Völkerrechts harret noch seiner Lösung. Die tschechoslowakisch-westdeutschen Beziehungen sind noch nicht auf Basis der Anerkennung des Münchner Komplotts als 'null und nichtig von Anfang an' geregelt. Auch steht die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO noch aus. Als hochwichtige Aufgabe tritt zu all dem die praktische Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit.

Indessen ist der europäische Himmel keineswegs unbewölkt. Die Ideologen des Revanchismus in Westdeutschland strecken die Waffen nicht. In den westlichen Hauptstädten suchen manche, die Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz und ihren Zusammenbruch von einem Fortschritt im Bereich der gegenseitigen Rüstungsreduzierung in Mitteleuropa abhängig zu machen, obwohl völlig klar ist, daß dieses wichtige Problem Gegenstand einer selbständigen Diskussion werden muß. Die Entspannungspolitik in Europa ist auch anderen Angriffen ausgesetzt.

In letzter Zeit haben die 'Antieuropäisten' Zugang erhalten: Zu ihnen sind die Politiker Maos gestoßen. Das ist allerdings keine Überraschung, sprach doch Mao Tse-tung bereits 1964 von der Notwendigkeit einer 'Revision' der Grenzen in Europa. Vor kurzem ließ Tschou En-lai endgültig die Katze aus dem Sack, als er zugab, daß die in Europa 'bevorstehende Konferenz China beunruhigt'. Die Führung der VR China hat damit nochmals gezeigt, daß sie es auf die Spaltung der Völker und ihre Aufhetzung gegeneinander angelegt hat.

Doch die Bemühungen derer, die die Welt in die Atmosphäre des 'Kalten Krieges' zurückversetzen wollen, sind vergeblich. Es heißt in der Erklärung des Politbüros des ZK der KPdSU über die Ergebnisse des jüngsten Kräftetreffens der führenden Persönlichkeiten der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, daß der Prozeß der internationalen Entspannung "einen immer tieferen Charakter gewinnt, neue Sphären des internationalen Lebens erfaßt und zur Durchsetzung der Prinzipien der Souveränität, der Gleichheit, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils in den internationalen Beziehungen beiträgt".

(-/ex/4.9.1972/bgy)